



Keine Zwangsimpfung! S. 4



Mit uns gebührenfrei! S. 7



Härtere Strafen! S. 8

Tapfere Helden des Alltags



Bild © PantherMedia / logoff

Für die AfD-Fraktion sind Freiwillige Feuerwehren in ganz Thüringen Chefsache!

Ein Kommentar von **Björn Höcke**

Wer sich schon einmal einem großen Feuer genähert hat, der weiß, was für ein Zerstörungspotenzial in den Flammen lauert. Es ist noch nicht allzu lange her, da ist mir das wieder einmal vor Augen geführt worden: Meine Frau weckte mich in der Nacht und sagte mir, dass es brenne. Vom Küchenfenster haben wir eine gute Sicht über unser Heimatdorf. In Ortsrandnähe züngelten die Flammen aus einem Haus bis zu 15 Meter hoch in die Dunkelheit und immer wieder barst mit lautem, weithin hörbarem Knall ein Teil des Daches. Wenige Minuten nach der Alarmierung war die örtliche Feuerwehr am Brandherd eingetroffen. Nur eine knappe Viertelstunde



verging, bis benachbarte Löschzüge vor Ort waren und der gemeinsame Angriff den Brandherd schnell unter Kontrolle brachte. Für mich sind die Männer und Frauen, die sich diesem lebensgefährlichen Dienst für die Gemeinschaft verschrieben haben, die bei Überschwemmungsereignissen menschliche Verzweiflung

hautnah erleben, die immer wieder grausige Bilder von Unfallopfern verarbeiten müssen, wirkliche Helden.

Ehrenamtliches Engagement für die Gemeinschaft

Unser Dorf Bornhagen hat bei etwas über 300 Einwohnern 22 Feuerwehr-

kameraden. Fünfmal mussten sie in den letzten Monaten ausrücken, weil ein Feuerteufel sein Unwesen trieb, insgesamt waren es 22 Einsätze im Jahr 2019. Was für eine Leistung, die in so vielen Dörfern und Städten Thüringens in derselben Art und Weise erbracht wird! Jugendfeuerwehren bieten unseren Kindern und Jugendlichen darüber hinaus eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Und gerade in kleinen Dörfern ist der Feuerwehrverein oftmals der letzte Garant für dörfliches Festleben. Unsere Freiwilligen Feuerwehren sind einfach unersetzlich. An dieser Stelle möchte ich ihnen im Namen der ganzen AfD-Fraktion im Thüringer Landtag unseren herzlichen Dank aussprechen!

► Weiter auf Seite 2

Freiwillige Feuerwehren sind unersetzlich!

Gesetzentwurf der AfD-Fraktion zur Unterstützung von Feuerwehrleuten und ihren Arbeitgebern

► Fortsetzung von Seite 1

Die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehren scheint der Thüringer Landesregierung indes nicht ganz klar zu sein: Immer noch fehlt Lehrpersonal an der Feuerwehrscheule Bad Köstritz. Am 2. April dieses Jahres hat sie die Förderrichtlinie für unsere Feuerwehren auslaufen lassen. Bis heute gibt es keine neue – mit der Folge, dass Feuerwehrfahrzeuge, Gerätehäuser und Führerscheine nicht vom Land gefördert werden können. Auch die 2009 eingeführte, bescheidene Feuerwehrrente hat nicht dazu geführt, die Zahl der Feuerwehrangehörigen konstant zu halten. Diese ist vielmehr seit 2009 von 42 500 auf 33 780 im Jahr 2018 zurückgegangen. Diese Mängel und Fehlentwicklungen sind der Landesregierung bekannt, doch es wird nichts dagegen unternommen. Deswegen haben wir als größte Oppositionsfraktion im Thüringer Landtag das Thema »Feuerwehr« zur Chefsache erklärt.

Bereits im Juni-Plenum hat die AfD-Fraktion einen umfassenden Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz eingebracht.

Unser Änderungsentwurf hat zwei Schwerpunkte:

1. Manche Arbeitgeber stellen bekanntlich aus Sorge vor den dienstbedingten Fehlzeiten keine Feuerwehrleute mehr ein. Sie erhalten zwar eine Lohnfortzahlung für Einsätze, die fehlende Arbeitsleistung erstattet ihnen aber niemand. Hier müssen Land und Kommunen neue Wege gehen. Mit unserem Gesetzentwurf können sie das, denn er sieht monatliche Zuschüsse zum Arbeitgeberanteil für die Sozialabgaben vor. Die dürfen ein wesentlicher Einstellungs- und Beschäftigungsbonus sein – und das sollen sie für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren auch sein!

2. Starkregen- und Sturmereignisse ziehen oft hohe finanzielle Schäden für die betroffenen Gemeinden und Städte nach sich. Diese können ihnen nicht ersetzt werden, weil Landräte nicht den Katastrophenfall festsetzen. Das ist aber Bedingung, um an finanzielle Hilfen aus dem Katastrophenschutzfonds des Landes zu kommen. Dieser ist seit Jahren mit drei Millionen Euro vollständig aufgefüllt. Das Geld fließt aber nicht ab beziehungsweise kann aus dem oben erwähnten Grund nicht als Hilfszahlung in die heimgesuchten Orte gelangen. Es ist unsere feste Überzeugung, dass allgemeinverbindlich nach eindeutigen Kriterien in einer Rechtsverordnung geregelt werden muss, wann und unter welchen Voraussetzungen der Katastrophenfall von der zuständigen Katastrophenschutzbehörde festzustellen und bekannt zu geben ist. In Brandenburg sind diese Krite-

rien bereits formuliert worden. Wir sollten das in Thüringen auch tun.

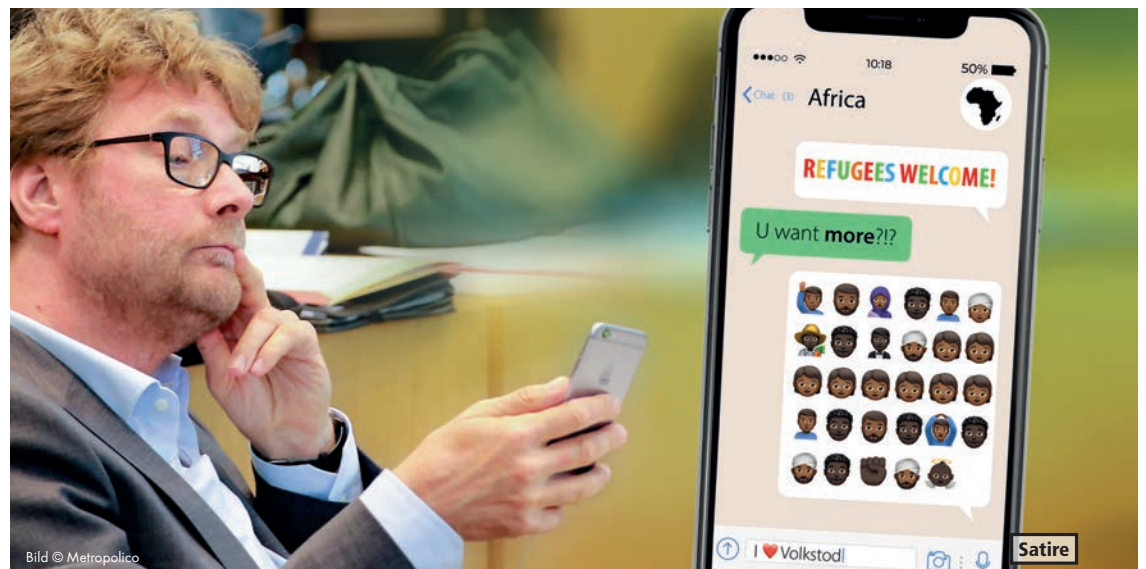
Wenn Sie diese Zeitung erreicht, wird aller Erfahrung nach der rot-rot-grün-schwarz-gelbe Block im Landtag unseren Gesetzentwurf in der zweiten Beratung abgelehnt haben. Die Landesregierung, die Hunderte Millionen Euro in Ideologieprojekte wie die illegale Einwanderung »investiert«, wird wahrscheinlich Kostengründe anführen, um die Feuerwehren auch in Zukunft stiefmütterlich behandeln zu können. Aber vielleicht sieht sie sich ja doch gezwungen, unsere Ideen abzukupfern und selbst tätig zu werden. Den Feuerwehren und den von Unwetterereignissen heimgesuchten Orten im Freistaat wäre es zu wünschen.

Die AfD-Fraktion bleibt jedenfalls ein starker und zuverlässiger Partner der Feuerwehren und Kommunen in Thüringen!

Minister für mehr Massen-Migration

Der Grüne Dirk Adams will sich profilieren – auf Kosten der Thüringer

Die Lieblingsbeschäftigung von Dirk Adams ist es, Geld auszugeben – allerdings nicht etwa sein eigenes, sondern das des Thüringer Steuerzahlers. Dienen soll es zur Finanzierung des Zuzugs weiterer Migranten. Großzügig spricht der grüne Justizminister davon, nur denen helfen zu wollen, die sich in existenzieller Not befinden: minderjährigen Mädchen aus den Migranten-Camps in Griechenland oder kranken und von Corona besonders gefährdeten Menschen. Denn Abstand halten sei in den Camps schließlich schwerlich möglich. Warum aber diese Menschen alle nach Thüringen kommen sollen, kann Adams nicht beantworten. Hilfe vor Ort für diejenigen, die sie tatsächlich benötigen, scheint dem migrationsfixierten Minister zu keiner Zeit in den Sinn zu kommen. Genauso bleibt offen, inwieweit das Ausgeben von Abermillionen Euro zur Unterbringung und Verpflegung von Migranten in Zeiten der Corona-Rezession im Thüringer Interesse sein soll.



Aus zunächst angekündigten 50 Minderjährigen wurden schnell 500 Migranten aller Altersgruppen, die über ein landeseigenes Aufnahmeprogramm bis 2022 nach Thüringen kommen sollen. Gerne hätte sich Adams auf 2000 Personen festgelegt, aber selbst das SPD-geführte Finanz-

ministerium wollte da nicht mehr mitspielen – allzu schönfärberisch waren die Kostenprognosen des Vorzeige-Grünen.

Dass ein gesundes Misstrauen bei den von Adams genannten Zahlen angebracht ist, bewies er durch einen

weiteren Vorstoß, mit Zustimmung des Bundes kurzfristig 200 Migranten aus Griechenland nach Thüringen zu holen. Ein Ende ist also nicht in Sicht. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag hält als einzige konsequent dagegen!

Klientelpolitik der Blockparteien

Fördergeld: Für »Soziokultur« hui, für Unternehmer pfui?



Verharmloste die Thüringer Landesregierung Covid-19 zunächst noch, so vollführte sie in kürzester Zeit eine drastische Kehrtwende und verordnete von heute auf morgen eine Vollbremsung. Als einzig verbliebene echte Oppositionsfraktion im Thüringer Landtag steuerte die AfD-Fraktion entschieden dagegen. So stellt unser am 22. April veröffentlichtes »Corona-Exit«-Positionspapier fest: »Die massiven Grundrechtsbeschränkungen und die bewusst in Kauf genommene Schädigung des Wirtschaftslebens waren nicht erforderlich.« Mit ihrem Aktionismus beraubte die rot-rot-grüne Landesregierung unnötig viele Bürger ihrer wirtschaftlichen Existenz. Das Ausmaß der mittel- und langfristigen Schäden, die auf uns zurollen, bleibt abzuwarten.

Trotz der gefährlich angespannten wirtschaftlichen Lage betreibt die rot-rot-grüne Landesregierung unverhohlen und unbeirrt ihre linke Klientelpolitik – abgenickt von der CDU. Hierzu genügt ein Blick in den Wirtschaftsplan des Mantelgesetzes von Rot-Rot-Grün: Auch wenn die Landesregierung sich nicht in der Lage sah, eine klare Definition von »Soziokultur« abzugeben, sieht sie jedoch »Zuschüsse für den Bereich der Soziokultur und Freien Theater« zum Ausgleich von Corona-Einnahmever-

lusten in Höhe von 5,2 Millionen Euro vor. Davon sollen 2,7 Millionen Euro an die undefinierbar schwammige Gruppe »Soziokultur« fließen und die restlichen 2,5 Millionen Euro an die Freien Theater. Die Landwirtschaft hingegen, die für die Sicherstellung unserer Grundnahrungsmittel steht, wird mit lediglich drei Millionen Euro abgespeist. Unser Antrag im Haushaltsausschuss, den Landwirten mehr finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, wurde abgelehnt.

Der Wirtschaftsplan des rot-rot-grünen Mantelgesetzes sieht zudem als »Ausgleich von Mindereinnahmen bei Festivals« 4,88 Millionen Euro vor. Fallen hier auch die Unternehmer der privaten Veranstaltungsbranche darunter, wie zum Beispiel Bühnentechniker? Während der Beratungen im Kulturausschuss hakten wir hierzu explizit nach. Die Landesregierung gab unumwunden zu, dass sie damit nicht die private Veranstaltungsbranche bedenkt, denn schließlich könne »nicht jeder gerettet werden«. Entspannter in die Zukunft schauen können hingegen die sogenannten »Geflüchteten«. Dank der Fraktionen derjenigen Parteien, die schon etwas länger im Freistaat existieren, dürfen sich Kommunen über Zuweisungen »zur Verbesserung der Unterbringungssituation von Geflüchteten für

Präventionsmaßnahmen gegen die Infektion mit dem Coronavirus« in Höhe von über 13 Millionen Euro freuen. Auf gut Deutsch: Corona wird genutzt, um unsere Kommunen mit über 13 Millionen Euro auszustatten, damit Asylbewerber noch besseren Wohnraum erhalten. Währenddessen rutschen immer mehr Thüringer in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, bangen um ihre wirtschaftliche Existenz, schultern steigende Stromkosten und finanzieren die Geschenke von Rot-Rot-Grün-Schwarz an deren Klientel. Insgesamt werden 1,2 Milliarden Euro in den Wirtschaftskreislauf gepumpt – doch am Ende ist es der fleißige Bürger, der sich sehr tief in seine Tasche greifen lassen muss.

Vor genau dieser Klientelpolitik warnte die AfD-Fraktion bereits, als die Landesregierung die Schaffung eines Sondervermögens anstelle eines Nachtragshaushaltes ankündigte und letztlich auch so umsetzte. Der Thüringer Rechnungshof teilt unsere Ansicht bezüglich der Schaffung eines Sondervermögens vollumfänglich. Wir stehen voll und ganz zu unserer Wirtschaft und zum Erhalt unseres kulturellen Erbes, verwahren uns aber entschieden gegen den Missbrauch der Corona-Hilfen zugunsten linker Klientel.

Von **Tosca Kniese** (Mdl)

NSU-MAHNMAL

Thüringen braucht kein NSU-Mahnmal

Nach einem Beschluss des Thüringer Landtages aus dem Jahr 2017 wird derzeit die »Errichtung einer Stätte der Erinnerung und Mahnung für die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)« in Erfurt vorangetrieben, für die ein geeigneter Standort in der Landeshauptstadt gesucht werden soll. Für den Steuerzahler schlägt die Aufstellung dieses Mahnmals, für das bereits mehrere Entwürfe diverser Künstler und Architekten eingereicht wurden, heftig ins Kontor. Nach derzeitigen Angaben sollen die Bürger schätzungsweise 200 000 Euro für diese Bereicherung des Erfurter Stadtbildes berappen. Und es wäre ein Wunder, wenn es am Ende nicht noch teurer würde als geplant.

Bei allem Mitleid für die Opfer und Verständnis für die Trauer der Hinterbliebenen, die die AfD in vollem Umfang teilt, rechtfertigt der Umstand, dass die mutmaßlichen Täter in Thüringen geboren wurden, für die AfD-Landtagsfraktion kein derartiges Mahnmal in der Landeshauptstadt. Die Alternative für Deutschland als Verfechterin eines starken und unbeugsamen Rechtsstaates spricht sich seit ihrer Gründung gegen jede Form von Terror und Gewalt aus. Dafür bedarf es allerdings keiner Erinnerungstätte in Erfurt, die jeglichen räumlichen Bezug zu der deutschlandweiten Mordserie vermissen lässt und daher in Thüringen völlig fehl am Platz ist.

Die Fraktionen der AfD und der CDU, hatten den Antrag bereits 2017 im Landtag abgelehnt.

Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke

Bürgerinformation der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 800 000 Stück

 @afd-thl

 www.afd-thl.de

 @afd-landtags-tv

Was bringt uns eine Corona-Impfung?

Kein Sars-CoV-2-Impfzwang durch verpflichtende Immunitäts- und Impfnachweise!

Als Internist im Städtischen Klinikum Gera habe ich in meinem gesamten Berufsleben Patienten geimpft und zahllose Menschen durch Impfungen gegen Tollwut vor dem sicheren Tod bewahrt. Wir alle wissen, dass durch Impfen die Pocken ausgerottet werden konnten – Welch Segen für die Menschheit! Etwa 50 Prozent aller Dialysepatienten Deutschlands waren mit der hochinfektiösen Hepatitis B infiziert. Durch strenge Hygiene- und Isolationsmaßnahmen wurde ein Schutz der anderen Patienten und des Personals erreicht. In den achtziger Jahren wurde ein Impfstoff gegen die Hepatitis B entwickelt. Mit konsequenter Impfung weit vor Dialysebeginn gibt es heutzutage in der Bundesrepublik keine Hepatitis B mehr bei deutschstämmigen Dialysepatienten! Jahrzehntlang habe ich mich selbst gegen die Influenza impfen lassen und meine Patienten dazu motiviert. Weil die Ausrottung der Masern nicht auf freiwilliger Basis fruchtete

und es immer wieder zu Ausbrüchen dieser potenziell tödlichen Infektion kam, begrüßte ich auch konsequent die Einführung der Masernimpfpflicht im letzten Jahr. Wer mich kennt, kann bestätigen, dass ich mit sogenannten »Impfgegnern« hart ins Gericht ging. Ich weiß also, wovon ich rede, und dazu stehe ich auch! Mit dem Sars-CoV-2-Virus und der geplanten Impfpflicht haben wir nun jedoch eine völlig andere Situation. Wir müssen unterscheiden zwischen stabilen Viren wie Tollwut oder Masern sowie instabilen Viren wie Grippe, wozu auch Sars und Corona zählen. Diese verändern fortlaufend durch Mutation ihre Antigene. Bei Ersteren wird mit Grund- und Auffrischungsimpfungen ein lebenslanger Schutz erreicht, bei Letzteren reicht der Impfschutz nur bis zur nächsten Grippesaison. Derzeit wird ein Impfstoff gegen das Sars-CoV-2-Virus entwickelt, der, wenn er frühestens nächstes Jahr zur Verfügung steht, auf ein mutiertes



Bild © CDC / Unsplash

Virus treffen wird. Die Wirkung wäre wie ein Grippeimpfstoff vom vergangenen Jahr – also gering oder gar keine. Auch wenn Langzeitnebenwirkungen nicht in Studien geprüft werden können, sollen weltweit Milliarden Menschen damit geimpft

werden. In Deutschland plant die Regierung die Einführung einer Impfpflicht und will sogar die Bürgerrechte vom vorhandenen Impfstatus abhängig machen. Daher lehne ich diese Impfung vehement ab!

Von **Dr. Wolfgang Lauerwald** (Mdl)

Corona-Krisenmodus auf dem Prüfstand

AfD-Fraktion will massiven Grundrechtseinschränkungen einen Riegel vorschieben

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag reichte im Juni beim Verfassungsgerichtshof einen Antrag ein, mit dem sie die Corona-Maßnahmen der Landesregierung angreift und deren Unwirksamkeit feststellen lassen möchte. Hintergrund ist der Verlauf der Covid-19-Infektionskrankheit in Thüringen. Bei 1,3 Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner in den letzten sieben Tagen (Stand 25. Juni 2020) und

insgesamt lediglich 3235 Infizierten bleibt der Freistaat Thüringen zum Glück weit hinter den erschreckenden Prognosen aus dem März zurück, die mit bis zu 60 000 Schwersterkrankten rechneten. Spätestens Ende April wurde deutlich, dass die Gefahr massiv überschätzt worden war. Von der Landesregierung kann in einer solchen Situation erwartet werden, dass sie Umfang und Ausmaß der massiven Grund-

rechtseinschränkungen zum Schutz vor Infektion kritisch überprüft und entsprechend handelt. Hierzu war sie jedoch nicht willens oder in der Lage. Auch die Thüringer CDU, die als Mehrheitsbeschafferin für die Landesregierung einen erheblichen Einfluss auf das Regierungshandeln hat, sah offenkundig keinen Grund, eine Überprüfung der Maßnahmen zu erzwingen.

Aus der Corona-Krise wurde ohne triftigen Grund eine Lockdown-Krise. So blieben Kindergärten und Schulen gesperrt. Die soziale Isolation der weitgehend von Corona-Infektionen verschonten Bevölkerung wurde mit Ordnungsgeldern erzwungen. Kritische Operationen wurden in Krankenhäusern nicht durchgeführt, weil diese sich auf eine Gefahr konzentrieren sollten, die es in Thüringen faktisch nicht gab. Und wie viele Thüringer Arbeitsplätze durch die zwangsweise Schließung von Unternehmen ver-

loren gehen, wird sich wohl erst im Laufe der nächsten Monate zeigen. Nach Überzeugung der AfD-Fraktion hätte spätestens ab Mitte April eine Beschränkung der Maßnahmen auf wirklich gefährdete Bereiche wie beispielsweise Pflegeheime und Krankenhäuser ausgereicht, um besonders gefährdete Personen zu schützen. Das zeigte sich auch an merkwürdigen Ausnahmen, die die Landesregierung zuließ, etwa der Genehmigung von Gottesdiensten pünktlich zum Beginn des Ramadans, obwohl diese wenige Tage zuvor zu Ostern noch verboten waren.

Der Verfassungsgerichtshof bekommt durch den Antrag der AfD-Fraktion nun die Gelegenheit, den nach wie vor massiven Grundrechtseinschränkungen einen Riegel vorzuschieben. Wir hoffen weiterhin, dass diese Gelegenheit genutzt wird, auch wenn unser Eilantrag keinen Erfolg hatte.

Von **Stefan Möller** (Mdl)



Klimapolitischer Staatsstreich

»Green Deal«: AfD-Fraktion ist gegen die Grundrechtseinschränkungen

In einer völlig inakzeptablen Weise greift das EU-Klimagesetz zur »Rettung des Weltklimas« in die Souveränität und die Autonomie aller Mitgliedsstaaten und insbesondere Deutschlands ein. Zur Verwirklichung der »Klimaneutralität« werden der EU-Kommission eine Vielzahl an Regelungskompetenzen übertragen, die sie ohne parlamentarische Einhegung ermächtigen, die Gestaltungsfreiheit der Regierungen auszuhebeln. Ursula von der Leyens »Green Deal« ist ein klimapolitischer Staatsstreich mit ungeahnten Folgen für alle Mitgliedsstaaten. Die vermeintliche Klimaneutralität wird den europäischen Steuerzahler bis 2030 eine Billion – also 1000 Milliarden – Euro abverlangen, ohne dass absehbar ist, ob damit überhaupt eine Klimaveränderung erreicht werden kann. Es zeigt sich, dass der »Green Deal« nicht mehr ist als ein ideologiegetriebenes, großwahnstimmiges

Projekt im Stil einer sozialistischen Planwirtschaft, wie man sie aus China oder Nordkorea kennt.

In Zeiten einer weltweiten Corona-Rezession müssen wir uns auf die Grundbedürfnisse unserer Bürger konzentrieren und dürfen nicht grünen Phantasmen nachlaufen. Die Arbeitsplätze, die soziale und finanzielle Sicherheit unserer Bürger und die Zukunft unserer Kinder müssen geschützt und verteidigt werden! Es ist bürgerverachtend, wenn die EU in Zeiten einer massiven Rezession ein Klimagesetz auf den Weg bringt, das besonders Familien und Menschen mit geringem Einkommen durch explodierende Energiepreise massiv belasten wird.

Im Ausschuss für Europa, Kultur und Medien, für den ich zuständiger Arbeitskreisleiter bin, forderte ich die Landesregierung im Namen der Thüringer AfD-Fraktion eindringlich auf, dem EU-Klimagesetz im Bundes-

rat die Zustimmung zu verweigern und weiteren Schaden durch die zu erwartenden finanziellen Belastungen abzuwenden.

Der »Green Deal« wird den Mittelstand besonders belasten und dazu führen, dass zahlreiche Unternehmen ins Nicht-EU-Ausland abwandern. Eine im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie gelangte zu dem Resultat, dass die auch im »Green Deal« forcierte Durchsetzung der E-Mobilität in den nächsten Jahren über 400 000 Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet und somit eine deutsche Schlüsselindustrie angreift. Die Geschichte lehrt, dass derlei planwirtschaftliche Projekte nach der Verursachung enormer wirtschaftlicher Verwüstungen schließlich scheitern und am Ende die Bürger die Zeche zahlen. Dies scheint uns nun bevorzustehen.

Von **Birger Gröning** (Mdl)

Engagiert im Umwelt- und Artenschutz

Umwelt- und Artenschutz sind von immenser Bedeutung für Mensch und Natur und haben in unserer Landtagsfraktion großes Gewicht. Deswegen bedeutet es mir sehr viel, dass ich als Biologin zur Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Energie und Naturschutz im Thüringer Landtag gewählt wurde.

Mit unserer Arbeit leisten wir nicht nur Widerstand gegen die Verschandelung der Natur und die Gefährdung von Vogel- und Fledermausarten durch Windkraftanlagen und Stromtrassen. Auch viele parlamentarische Initiativen zu anderen umweltpoliti-

schen Themen wurden in dieser Legislaturperiode bereits durch unseren innerfraktionellen Arbeitskreis Umwelt, Energie, Naturschutz, Infrastruktur, Landwirtschaft, Forsten eingebracht – und wir werden mit unserem Engagement nicht nachlassen. Zu nennen wären hier Kleine und Mündliche Anfragen zu Tiertransporten, Tierschmuggel, Pflanzenschädlingen, gefährdeten Nutztierassen, zu Bienen und insbesondere Wildbienen, zur Tierquälerei, zum Bestand bedrohter Arten und natürlich zu Windkraftanlagen. Im Falle einer seit Jahrzehnten bei Jena befindlichen illegalen Reifen- deponie wurde diese nach unserer

Anfrage sogar zügig geräumt. Man sieht also: AfD wirkt!

Mit Kollegen durfte ich im Frühjahr auf einem durch Borkenkäfer geschädigten Waldstück über 1000 Bäume pflanzen. Auch das gehört zu unserer Arbeit. Besonders liegt mir unser Antrag »Schutz von Rehkitzen, Junghasen und anderen Tieren bei der Gras- mahn in Thüringen« am Herzen, der im kommenden Juliplenium behandelt wird und sich für die Wildtierrettung durch Wärmebildrohren einsetzt.

(Siehe dazu auch Seite 6 dieser Ausgabe)

Von **Nadine Hoffmann** (Mdl)

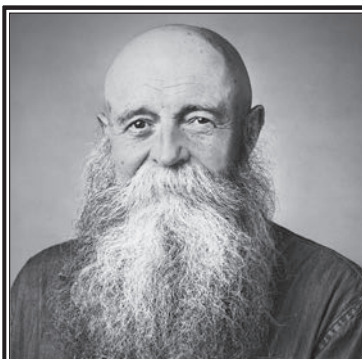
AUS DEM LANDTAG

Wie die Opposition mundtot gemacht wird

Die Blockparteien verweigern der AfD die Teilnahme an der PKK und der G10-Kommission

Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK), die Institution zur Kontrolle des Verfassungsschutzes, ist derzeit nur mit drei statt wie vorgesehen mit fünf Mitgliedern aus den Abgeordneten des Thüringer Landtags besetzt. Die beiden Vertreter der AfD-Fraktion fehlen, sie wurden entgegen dem Thüringer Verfassungsschutzgesetz und allen parlamentarischen Gepflogenheiten erneut nicht gewählt. Als Begründung wird ihre Mitgliedschaft in der AfD benannt, durch die sie für die PKK untragbar seien. Gleiches gilt für die dreiköpfige G10-Kommission, die über die Aufhebung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses entscheidet. Auch hier wurde der Wahlvorschlag der AfD-Fraktion stur boykottiert. Es zeigt sich, dass dem Einheitsparteien-Block die Legitimation von PKK und G10-Kommission gleichgültig ist, solange die zweitgrößte Landtagsfraktion ausgeschlossen werden kann. Es drängt sich der Eindruck auf, dass beide Kommissionen ganz unverfroren parteipolitisch missbraucht werden, um sie gegen die AfD in Stellung zu bringen und damit bewusst ihrer Neutralitätspflicht zu berauben. Das Opfer der eigenen Ränkespiele am selben Tisch sitzen zu haben, ist für die Vertreter der Altparteien wenig zielführend – schon deshalb werden wir weiter mit Nachdruck auf eine angemessene Besetzung von PKK und G10-Kommission drängen.

Eine demokratische Kontrolle des Verfassungsschutzes ist ebenso dringend geboten wie ein kritischer Blick auf die mögliche Einschränkung und Aufhebung von Grundrechten. Dies ist aber nicht mehr gewährleistet, wenn ein Konsens aller anderen Parteien besteht und die Opposition systematisch von der Kontrolle ausgeschlossen wird.



Wir trauern um unseren Freund,
Mitstreiter und Kollegen im Stadtrat

Klaus-Dieter Kobold

30.12.1949 - 10.06.2020

*Du warst uns stets ein treuer und aufrichtiger
Begleiter und wirst uns sehr fehlen.*

Komm gut heim, lieber Klaus.

Der Tod ist das Tor zum Licht
am Ende eines mühsam
gewordenen Weges

Franz v. Assisi





Parlamentarische Initiativen

Rehkitze und bedrohte Vögel vor landwirtschaftlichen Großgeräten schützen

Jährlich sterben mehrere tausend Rehkitze und bedrohte Vögel in Deutschland einen grausamen Tod durch Mähmaschinen. Die Setz- und Aufzuchtzeit von Rehkitzen, Junghasen und Vögeln fällt ab Anfang Mai oft mit der Zeit des ersten Wiesenschnitts zusammen. Gegen Großflächenmäherwerke mit Arbeitsbreiten von bis zu elf Metern haben Wildtiere keine Überlebenschance. Das bewegungslose Ausharren von Rehkitzen als bewährte Überlebensstrategie gegen Fressfeinde wirkt sich bei der Mahd somit tödlich für die Tiere aus. Bereits in mehreren Regionen Deutschlands werden durch ehrenamtliche Tierschützer erfolgreich Drohnen zum Aufspüren von Rehkitzen eingesetzt. Tierschutz ist für uns die Achtung des Lebens, daher wollen wir diese Tierrettung auf eine belastbare Basis stellen und die Landesregierung verpflichten, diese Drohnen zur Verfügung zu stellen.

(Antrag der Fraktion der AfD: »Schutz von Rehkitzen, Junghasen und anderen Tieren bei der Grasmahd in Thüringen«, Ds 7/941)

Absolventen akademischer Heilberufe für Thüringen begeistern

Eine zu geringe Anzahl an Medizinstudienplätzen wird häufig als ausschlaggebende Ursache für drohende Versorgungslücken und Ärztemangel ausgemacht. Die Diskussion um fehlende Ärzte wird jedoch oft auf Grundlage veralteter Statistiken geführt. Kaum ein Land hat mehr Ärzte als Deutschland. Das eigentliche Problem

ist vielmehr deren unausgewogene regionale und fachliche Verteilung. Es ist also deutlich komplexer, als es der Öffentlichkeit suggeriert und im Landtag diskutiert wird. Ohne eine empirisch fundierte Grundlage stochern wir weiter im Nebel. Was wir brauchen, ist eine valide Bedarfsplanung. Ziel muss es sein, passgenaue Angebote zu schaffen, um möglichst viele Absolventen an Thüringen zu binden und der Abwanderung entgegenzuwirken. Studieninhalte und -organisation müssen so fortentwickelt werden, dass angehende Mediziner in Thüringen verstärkt für diejenigen Versorgungsbereiche und Regionen begeistert und ausgebildet werden, für die dringender Bedarf besteht. Hierbei handelt es sich vor allem um ländliche Bereiche und primärversorgende Fachdisziplinen. (Antrag der Fraktion der AfD: »Erhöhung der Studienkapazitäten akademischer Heilberufe an realistischer Bedarfsplanung ausrichten«)

Entmündigung von Gemeinde- und Stadträten oder Kreistagen – nicht mit uns!

Die CDU plant mit einem von Rot-Rot-Grün und FDP unterstützten Gesetzentwurf die Thüringer Kommunalordnung zu ändern. So sollen bei Katastrophenfällen und »besonderen Ausnahmefällen« künftig digitale Sitzungen möglich sein. Auch wollen sie die »Eilentscheidungsrechte« von Bürgermeistern und Landräten stärken. So werden demokratisch gewählte Kommunalparlamente überflüssig, wenn Bürgermeister und Landräte »besondere Ausnahmefälle« selbst bestimmen können. Die AfD-Landtags-

fraktion wird dem nicht zustimmen. Uns sind in öffentlichen Sitzungen vor Ort tagende Kommunalparlamente wichtig, auch damit die Wähler ihre gewählten Abgeordneten kontrollieren können. Digitale Sitzungen lehnen wir ab, da hierfür keine ausreichende Datensicherheit besteht und unsere Bürger dabei von Beratungen in Gemeinde- und Stadträten sowie Kreistagen ausgeschlossen sind. (Sechstes Gesetz zur »Änderung der Thüringer Kommunalverordnung«, Gesetzentwurf der CDU, Ds 7/869)

Keine Notwendigkeit für Online-Prüfungen von zu Hause aus

Nur die AfD-Fraktion spricht sich gegen die unbedachte Einführung von Zu-Hause-Online-Prüfungen an Hochschulen und Universitäten aus, wie sie während der Corona-Krise vereinzelt abgehalten wurden. Dabei kam es wiederholt zu Täuschungsversuchen und – als Gegenmaßnahme – der Einschaltung von Überwachungsinstrumenten wie der Übertragung von Zugriffsrechten auf den Computer des Studenten. Die Daten landeten mitunter auf ausländischen Servern, wo sie 30 Tage lang gespeichert wurden – was bei Datenschützern alle Alarmglocken läuten lässt. Die AfD-Fraktion richtet sich ausdrücklich nicht gegen elektronische Prüfungen in speziellen Hochschulräumen, sieht aber keine Notwendigkeit, dass Online-Prüfungen in den eigenen vier Wänden auch nach Corona etabliert werden, da unter Einhaltung geeigneter Hygienebedingungen auch Vor-Ort-Prüfungen möglich sind. (Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforder-

licher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von den Fraktionen der Linken, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, DS 7/686, sowie Neufassung des Gesetzesentwurfs der FDP zur Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes, DS 7/715))

Besorgniserregende Zunahme an Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen

Laut dem »Zweiten Thüringer Sozialstrukturatlas« sind zwölf Prozent aller Kinder in Thüringen übergewichtig oder adipös – Tendenz steigend. Adipositas bei Minderjährigen hat sich zu einem der zentralen öffentlichen Gesundheitsprobleme des 21. Jahrhunderts entwickelt. Aus krankhaftem Übergewicht resultieren nicht nur erhebliche Gesundheitsrisiken, sondern auch eine Verminderung der Lebensqualität der Heranwachsenden sowie ein erhöhtes Risiko für Mobbing. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, Präventionsmaßnahmen auszubauen und die Anzahl adipöser Kinder und Jugendlicher in Thüringen durch wirksame Maßnahmen zu reduzieren. Zu einer gesundheitsförderlichen Lebenswelt für Kinder und Jugendliche gehört es, die Ernährungsgewohnheiten der gesamten Familie sowie die Rahmenbedingungen im schulischen Umfeld in den Blick zu nehmen.

(Antrag der Fraktion der AfD: »Krankhaftes Übergewicht bei Heranwachsenden – Präventionsmaßnahmen ausbauen und die Anzahl adipöser Kinder und Jugendlicher durch wirksame Maßnahmen reduzieren«, Ds 7/941)

Der Grundfunk als Alternative

Ein Konzept von AfD-Fraktionen zur Umgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Der Rundfunkzwangsbeitrag ist ein Ansatz von gestern. Über Jahrzehnte ist ein Moloch entstanden, der nur noch einen Inhalt hat: »Wachsen«, um auf diese Weise seinen ständig steigenden Finanzbedarf zu rechtfertigen. Dem Zwangsbeitrag setzen wir unser Konzept entgegen.

Derzeitige Situation und Ziel

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) in seiner heutigen Ausgestaltung ist ein Relikt aus den 1950er Jahren, das mit mehr als acht Milliarden Euro jährlich durchschnittlich 42 Prozent des Ausgabebudgets der Bürger für Medien bindet. Ohne ein besonderes Faible für die Privatsender zu entwickeln, muss man einräumen, dass diese mehr und mehr zwischen US-Konzernen wie Youtube oder Facebook und dem ÖRR zerrieben werden, der zunehmend in den Markenkern der Privatsender – die leichte Unterhaltung – eindringt. Von der anderen Seite drohen die US-Giganten mit ständiger Verfügbarkeit

und riesigen finanziellen Mitteln. Sinn und Zweck einer Reform ist der Erhalt oder besser die Erzeugung eines vielschichtigen Angebots und die Sicherung von Meinungsvielfalt. Das Gleichgewicht zwischen den Anbietern muss wiederhergestellt und die Alimentierung durch den Zwangsabgabenzahler beendet werden.

Maßnahmen

Der ÖRR muss auf seine Kernaufgabe – also Nachrichten, Verbraucherschutz, Kultur und Tradition, Dokumentationen und Regionales – eingeschränkt werden. Programme, die sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten problemlos durch private Anbieter realisieren lassen, wie Fußballübertragungen, sollen in erster Linie diesen überlassen bleiben. Ein Schwerpunkt des Grundfunks sollen Regionalprogramme sein. Die regionalen Rundfunkanstalten sollen jeweils nur ein Radio- und ein Fernsehprogramm betreiben. Außerdem soll ein deutschlandweiter Radio- und

Fernsehsender betrieben werden. Die übrigen Fernseh- und Radiosender werden privatisiert oder abgewickelt.

Finanzierung und Kontrolle

Die bisherigen Rundfunkbeiträge entfallen ersatzlos. Stattdessen werden die Tech-Giganten wie Amazon, Facebook, Netflix und Google – die vom Wegfall der Rundfunkgebühr am meisten profitieren würden – mit

einer Informations- und Kulturumlage belegt. Die Staatsferne der Aufsichtsgremien ist zu sichern. Zu besetzen sind diese Gremien zu gleichen Teilen mit Experten, Beauftragten der Zuschauer und Vertretern der Kommunen. Eventuelle Parteimitgliedschaften, Beschäftigungsverhältnisse und Unternehmensbeteiligungen sind offenzulegen.

Von Jens Cotta (Mdl)

Sie zahlen nichts mehr! Versprochen.

Das Grundfunk-Konzept der AfD-Fraktionen gibt es [hier](#) als PDF

Mehr Rückendeckung für die Polizei

Ein Antidiskriminierungsgesetz wie in Berlin muss in Thüringen verhindert werden!

Durch die Mehrheit der Koalitionsfraktionen von SPD, Linken und Grünen hat der Berliner Senat ein sogenanntes Antidiskriminierungsgesetz beschlossen. Bürger, die sich durch Behörden und insbesondere die Polizei diskriminiert fühlen, können das nun auf der Grundlage dieses Gesetzes zur Anzeige bringen. Anschließend reicht eine solche Anzeige aus, dass beispielsweise ein Polizist selbst seine Unschuld beweisen muss. Dabei wird außer Acht gelassen, dass sich Beamte während ihrer Aufgabenerfüllung vor allem auf die ihnen gestellte Aufgabe und deren rechtmäßige Bearbeitung konzentrieren müssen.

Wenn Thüringer Polizisten der Bereitschaftspolizei zur Absicherung von Großveranstaltungen oder Demonstrationen die Berliner Polizei unterstützen, gilt ebenfalls das Berliner Antidiskriminierungsgesetz. Damit entfaltet dieses Machwerk



Nicht nur in sozialen Brennpunkten wie zuletzt in Stuttgart oder Leipzig-Connewitz, sondern auch in Thüringen werden unsere Polizeibeamten immer häufiger Opfer von Beschimpfungen, Beleidigungen, Körperverletzungen und Mordversuchen.

seine Wirkung deutlich über die Berliner Stadtgrenzen hinaus. Auch für den Freistaat Thüringen wurde ein derartiges Gesetz durch die rot-rot-grüne Minderheitsregierung bereits angeregt.

Als innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag habe ich von Innenminister Georg Maier (SPD) eine sofortige Prüfung der Auswirkungen des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes auf Thüringer Beamte, die in Berlin ihren Dienst verrichten, gefordert. Das Ergebnis dieser Prüfung muss anschließend allen Polizeibeamten zur Verfügung gestellt werden, um im Einsatzfall Handlungssicherheit zu gewährleisten. Bis dieser Prozess abgeschlossen ist, darf der Thüringer Innenminister keine Beamten dieser unsicheren Rechtslage aussetzen und muss von jeglicher Entsendung nach Berlin Abstand nehmen.

Von Ringo Mühlmann (Mdl)



Das Wohl der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft liegt der AfD-Fraktion besonders am Herzen.

Kindesmissbrauch hart bestrafen!

Sexueller Missbrauch von Kindern und Kinderpornographie sind keine Bagatelldelikte!

Immer wieder werden Fälle von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie bekannt und erschüttern die Öffentlichkeit. Besonders erschreckend ist es, wenn hinter diesen Vorgängen ein weitläufiges Netzwerk von professionell arbeitenden Kinderschändern aufgedeckt wird. Viel zu oft ist das unvorstellbare und jahrelange Leid zahlloser Kinder nicht einmal nach intensiven polizeilichen Ermittlungen in seiner ganzen Komplexität fassbar.

Politische und behördliche Maßnahmen wie auch manche Entscheidungen der Justiz erweisen sich vor diesem Hintergrund oft als offensichtlich unzureichend oder gar als kontraproduktiv. Verschiedene aktuell aufgedeckte Fälle geben auch Anlass zur parlamentarischen Diskussion des Themas. Daher hat die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag zur 16. Plenarsitzung am 17. Juni 2020 eine Aktuelle Stunde zum Thema »Kinder schützen, sexuellen Missbrauch bekämpfen, Rechtsstaat in Thüringen stärken!« beantragt.

Die Thüringer AfD-Fraktion kämpft für einen effektiven und pragmati-

schen Kinderschutz. Wir haben dazu den stärkeren Einsatz des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Rahmen von allgemeinen medizinischen Untersuchungen in Schulen und Kindertagesstätten gefordert. Durch regelmäßige Kontrollen können physische oder psychische Symptome schneller erkannt werden, da ärztlich geschultes Personal über eine andere Expertise verfügt als die Mitarbeiter der Jugendämter. Nicht nur die Ahndung ist entscheidend, sondern auch die Prävention durch lebensnahe Hilfestellung für Eltern und Kinder. Gerade die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft dürfen nicht unerkannt bleibenden Straftaten von Erwachsenen ausgesetzt sein. Ärzte, Eltern, Pädagogen und die Politik müssen hier zum Wohle der Kinder zusammenwirken.

Der Aufklärungsunterricht in der Schule muss diesem Ansatz Rechnung tragen. Es ist auch Aufgabe der Schulen, Kinder und Jugendliche vor Gefahren im Zusammenhang mit Sexualität zu warnen und zu bewahren. Sexueller Missbrauch muss effektiver bekämpft und höher bestraft werden.



Dafür wurden in den vergangenen Jahren, auch durch den nicht nachlassenden parlamentarischen Druck der AfD-Landtagsfraktion auf die Landesregierung, die polizeilichen Ermittlungsbehörden personell und technisch besser ausgestattet. Diese Maßnahme erwies sich als richtig, denn im vergangenen Jahr wurden mehr dieser schrecklichen Taten als jemals zuvor ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt.

Dennoch werden die Strafen noch immer zu oft zur Bewährung ausgesetzt, obwohl die Täter ein sehr hohes Rückfallrisiko haben. Neben einer

effektiven Aufklärung und zügigen Justizverfahren braucht es härtere Strafen für die Täter. Derartige Straftaten sind kein Vergehen. Es handelt sich um Verbrechen an unseren Kindern. Daher muss nicht nur die Mindeststrafe erhöht, sondern auch das Strafmaß intensiver ausgeschöpft werden.

Das Wohl unserer Kinder und Familien liegt der Thüringer AfD-Fraktion besonders am Herzen. Deshalb wollen wir, dass die Politik das Mögliche zum Schutz unserer Kinder unternimmt.

Von **Ringo Mühlmann (Mdl)**